

# Ein Ruf nach Gleichberechtigung

ARZ 19. Febr. 2011

In der Ortenau dürfen homosexuelle Paare nicht auf Standesämtern getraut werden

Eingetragene Lebenspartnerschaften können in Baden-Württemberg nicht auf dem Standesamt geschlossen werden. In keinem anderen Bundesland gibt es diese Regelung noch. Der Ruf nach Gleichberechtigung werden immer lauter. Auch in der Ortenau.

VON KATRIN MOSMANN

Ortenau. Karlheinz Bayer ist empört. Der Arzt und FDP-Kreisrat aus Bad Petersstal fordert in einem Brief an Landesinnenminister Heribert Rech (CDU) die Abschaffung der »diskriminierenden Vorgehensweise, die es nur in Baden-Württemberg gibt«. Bayer setzt sich mit diesem Appell für gleichgeschlechtliche Paare ein, die nicht wie Hetero-Paare auf dem Standesamt, sondern in den Landratsämtern den Bund fürs Leben schließen müssen. Für nicht verfassungskonform halte Bayer den baden-württembergischen Weg. »Teilweise finden die Trauungen in Migrationsämtern statt und meiner Meinung nach ist das Verbot auf Standesämtern zu heiraten Diskriminierung und verstößt gegen Artikel des Grundgesetzes«, erklärt der Arzt.

## Ministerium winkt ab

Das Rech-Ministerium kann an der bestehenden gesetzlichen Regelung keine Diskriminierung erkennen. »Das Landesinnenministerium Baden-Württemberg beabsichtigt nicht, die Begründung und Beurkundung von eingetragenen Lebensgemeinschaften den Standesämtern zu übertragen«, teilt Alice Loyson-Siemering, Pressesprecherin des Innenministeriums Stuttgart auf eine Anfrage der MITTELBADISCHEN PRESSE mit. Die Öffnung der Standesämter für Verpartnerungen Homosexueller sei nicht beabsichtigt, weil diese Form der Partnerschaft nicht mit der Familie zu vergleichen sei, so Loyson-Siemering. Weitere Angaben wollte das Innenministerium auch auf Nachfrage derzeit nicht machen.

Ein erstes Schreiben von Bayer ging an Parteikollegen und Justizminister Ulrich Goll, der den Arzt darauf hin ans Innenministerium verwiesen hatte. Nils Meppen, Sprecher des Justizministeriums, teilt aber mit: »Die FDP Baden-Württemberg, und damit auch ihr Spitzenkandidat Goll, tritt für die Gleichstellung der Lebenspartnerschaften ein.« Dies beinhaltet unter anderem das Dienstrecht aber auch den Ort der Eheschließung.

Ob die »Eheschließung« auf dem Landratsamt statt auf



Zugang zum Standesamt (hier das Offenburger Rathaus) verwehrt: In der Ortenau müssen homosexuelle Paare im Landratsamt den Bund fürs Leben schließen.

Foto: Ulrich Marx

dem Standesamt diskriminierend ist, hält Michael Loritz vom Ordnungsdezernat des Landratsamtes Offenburg für fragwürdig: »Wir versuchen die Trauungen so anspruchsvoll wie möglich zu gestalten.« Auch die Räumlichkeiten seien angemessen: »Es gibt den großen Sitzungssaal oder Besprechungszimmer. Die Paare können diese Räume auch schmücken und beispielsweise einen Sektempfang organisieren.« Zudem seien Trauungen außerhalb des Landratsamtes, etwa im Billet'schen Schlosschen Offenburg möglich. Und letztlich ist das Landratsamt auch nur die ausführende Einrichtung: »Wir müssen das ausführen, was die Landesgesetze vorgeben.«

Daran ändern können auch die Standesämter selbst nichts: Ulrich Reich, Pressesprecher der Stadt Oberkirch erklärt: »Wir hatten in der Vergangenheit zwei Anfragen und muss-

ten an das Landratsamt verweisen.« In Achern habe man zwar kaum Anfragen, kann aber verstehen, dass »es für die Gleichgeschlechtlichen angenehmer wäre, wenn diese in ihrem Heimatstandesamt die Lebenspartnerschaft begründen könnten«, wie Pressesprecherin Helga Sauer mitteilt.

## Landrat flexibel

Auch in Lahr gab es in der Vergangenheit kaum Anfragen von homosexuellen Paaren. Bürgermeister Guido Schöneboom ist aber der Meinung: »Bei Vorliegen der formalen Voraussetzungen sollte es keine Unterschiede in Fragen der Nutzung von Räumlichkeiten oder der Gebührenhöhe geben. Die Stadt selbst würde keine Unterscheidung vornehmen, sei aber an die bestehenden Regelungen gebunden. Man gehe aber davon aus, dass mittelfristig eine Übertragung der Aufgabe an die Standesämter er-

folgt.« Dass sich in Zukunft etwas ändern wird halten auch Nadine und Sarina Bogdahn aus Gengenbach für möglich: »Ich glaube nicht, dass die CDU nach den Landtagswahlen im März noch an der Spitze sein wird. Dann wird man sehen, ob nicht doch Änderungen eintreten«, erklärt Nadine Bogdahn.

Sie hatte ihrer Frau Sarina im vergangenen Jahr in Gengenbach das Ja-Wort gegeben, und zwar auf dem dortigen Standesamt: »Der große Sitzungssaal im Landratsamt war belegt und da wir viele Gäste hatten, hätte die Zeremonie in der Kantine stattfinden sollen. Ich habe daraufhin Landrat Scherer angeschrieben«, erzählt die Gengenbacherin. Frank Scherer habe super reagiert, eine Sondergenehmigung erteilt und ein Mitarbeiter des Landratsamtes hat die Trauung auf dem Standesamt vorgenommen.